

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen



Link zum Foto: http://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/Detail/Object/Show/object_id/619

A Betrachten Sie das kleine weiße Wahlplakat des Unabhängigen Frauenverbands (UFV) auf dem Foto – es wurde anlässlich der Volkskammerwahl 1990 über ein Plakat der NDPD (National-

Demokratische Partei Deutschlands) mit der Aufschrift „Für die deutsche Zukunft!“ geklebt. Listen Sie alle Befürchtungen und Forderungen auf, die das Plakat in Bild oder Schrift präsentiert.

So lautet die Beschriftung des Plakats:

„Ist meine Zukunft im Kochtopf? / Arbeit und Kinder – was ist mein / Marktwert? / Vorruhestand – ruhig gestellt? / Unabhängiger Frauenverband / Schließen wir uns zusammen! / Wir sind 50%! / Fordern wir für uns und Familien eine Zukunft! / Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen! / Erhalt und Verbesserung der Kindereinrichtungen! / Sicherung der Renten und erfülltes Leben auch im Alter! / Deine Stimme für unsere Zukunft!“

B Informieren Sie sich mit Hilfe des Textes „Unabhängiger Frauenverband (UFV)“ unter dem Link über den UFV und erklären Sie anschließend zu jeder zeichnerisch dargestellten Person, welcher Zusammenhang zwischen der Zeichnung, dem Sprechblasentext und dem politischen Programm des Verbands besteht.

C Recherchieren Sie, inwiefern die Befürchtungen und Forderungen des UFV eine berechtigte Grundlage hatten. Lesen Sie zur Frage der Gleichstellung von Männern und Frauen in der DDR Text 1 und stellen Sie den aufgelisteten Punkten (siehe Aufgabe A) Informationen aus dem Quellentext gegenüber.

D Finden Sie heraus, wie die Gleichstellung von Minderheiten in der DDR gehandhabt wurde. Recherchieren Sie in diesem Zusammenhang beispielhaft den Umgang in der DDR mit ...

- Nicht-Deutschen: Nehmen Sie Text 2 zur Hilfe.
- Homosexualität: Recherchieren Sie dazu im Internet.

Hilfreicher Link: http://www.bpb.de/publikationen/7Y2j3B,0,0,Eine_Regenbogengeschichte.html#arto

Gammerl, Benno: Eine Regenbogengeschichte, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 15-16/2010)

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen

E Besprechen Sie in der Gruppe Ihre Rechercheergebnisse und diskutieren Sie anschließend die Gleichstellung von Mann und Frau, von Nicht-Deutschen und von Homosexuellen im heutigen Deutschland. Hat sich die Situation seit 1989/90 verändert und falls ja, wie? Halten Sie Ihre Ergebnisse stichpunktartig fest.

Hilfreiche Links: http://www.bpb.de/publikationen/09684005911079201032758511048160,6,0,Gesellschaft_und_Alltag_in_der_DDR.html

Heydemann, Günther: Gesellschaft und Alltag in der DDR, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Informationen zur politischen Bildung, Heft 270

http://www.bpb.de/publikationen/F8NoJM,2,0,Gleichstellung_von_Frauen_aus_der_Sicht_ost_und_westdeutscher_Jugendlicher.html

Oesterreich, Detlef: Gleichstellung von Frauen aus der Sicht ost- und westdeutscher Jugendlicher, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Aus Politik und Zeitgeschichte (B 15/2003)

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen

Foto



Link zum Foto: http://www.wir-waren-so-frei.de/index.php/Detail/Object/Show/object_id/619

Foto: Unabhängiger Frauenverband-Plakat „Deutsche Zukunft“

1. Januar bis 31. März 1990

Berlin und Umgebung

Urheber: Ralf Skiba

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen

Text 1

Gesellschaft und Alltag in der DDR

[...]

Frauen

Die individuelle Verfügung über Freizeit ist auch in der DDR von großen Unterschieden zwischen den Geschlechtern geprägt geblieben. Trotz eines nahezu flächendeckenden Netzes von Kindergärten und -horten und sonstigen sozialpolitischen Einrichtungen verfügten Frauen aufgrund des Weiterbestehens traditioneller, geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen über durchschnittlich 30 bis 40 Prozent weniger Freizeit als Männer. Hinzu kam, dass die DDR die weltweit höchste Beschäftigungsquote von Frauen aufwies (91,3 Prozent im Stichjahr 1988). Aus dem Umstand, gleichzeitig Arbeiterin bzw. Angestellte, Mutter und Hausfrau zu sein, erwuchs eine starke Mehrfachbelastung.

Zwischen propagierter und teilweise realisierter Gleichberechtigung auf der einen Seite und tatsächlicher, individueller Lebenswirklichkeit auf der anderen Seite bestand eine Kluft, doch besaßen Frauen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR

stärker die Möglichkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hierzu trug die relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner bei, die sich für Frauen aus der eigenen Arbeitstätigkeit ergab. Primär bestimmten pragmatische Überlegungen und Handlungsweisen ihren Alltag. Entsprechend wurden Teilzeitarbeit oder niedriger bezahlte Arbeit – trotz häufig bestehender Besserqualifizierung – angenommen, um neben dem Beruf für die Familie sorgen zu können. „So hat sich für DDR-Frauen die Emanzipation, die zwar so nicht benannt wurde, anders als im Westen vollzogen, stiller, viel persönlicher und weniger bemerkbar.“ (Gerda Szepansky).

Grafik zum Gleichstellungsvorsprung:

Frauenanteil in Bildung, Beruf, Politik (Angaben in Prozent)	BRD	DDR
Studioronde an Hochschulen (1989)	41	59
Promotionen (1988)	26	38
Habilitationen (1988)	9	15
Richter (1989)	18	50
Schuldirektoren (1988 bzw. 1982)	20	32
Gewerkschaftsmitglieder (1989 bzw. 1988)	25	53
Betriebsrat/BGL-Vorsitz (1986/1987)	21	50

Matthias Judt (Hg.). DDR-Geschichte in Dokumenten, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 215.

[...]

Quelle: Auszug aus: Heydemann, Günther: Gesellschaft und Alltag in der DDR, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Informationen zur politischen Bildung, Heft 270

Link zum Text: http://www.bpb.de/publikationen/09684005911079201032758511048160,6,0,Gesellschaft_und_Alltag_in_der_DDR.html

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen

Text 2 – Seite 1 von 2

Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern

Fremde und Ausländer in der DDR

Spätestens seit dem Mauerbau waren Auslandsreisen und internationale Mobilität aus dem Alltag der DDR verbannt. Nur wenige konnten sich private Urlaubsreisen etwa nach Bulgarien oder Ungarn leisten. Besuche im Westen waren Ausnahmen im Falle wichtiger Familienangelegenheiten. Für die Mehrheit der DDR-Bürger war Reisen ein staatlich gewährtes Privileg. Diesen eingeschränkten Erfahrungshorizont gilt es zu berücksichtigen, wenn man den Aufenthalt von Fremden und Ausländern in der DDR betrachtet. Die staatssozialistische Diktatur mit ihrem allumfassenden Regelungsanspruch „officialisierte“ jede Form und Gelegenheit des Kontakts zu Fremden, so wie sie das mit allen sozialen Beziehungen zu verwirklichen suchte. „Gesellschaft“ im Sinne eines relativ autonomen Bereichs sozialer Beziehungen und Institutionen, wie er für bürgerlich-liberale Staaten typisch ist, sollte es in der DDR nicht geben, und das galt auch und gerade auf diesem Gebiet. Kontakte und Umgang außerhalb der staatlich festgelegten Regeln waren nicht vorgesehen, entweder explizit verboten, zumindest aber unerwünscht. Angehörige unterschiedlicher Staatsangehörigkeiten sollten sich der SED-Ideologie zufolge gewissermaßen daher immer als „Repräsentanten“ ihrer jeweiligen Staatsvölker, quasi in diplomatischer Funktion,

begegnen, nicht jedoch auf einer „Von-Mensch-zu-Mensch-Basis“. Das einander Akzeptieren als „Menschen wie du und ich“, als individuelle Gäste und Gastgeber, Durchreisende und Einheimische, als Zufallsbekanntschaften etc. wurde dadurch von vornherein erschwert bzw. erforderte bewusstes, eigensinniges Gegenhalten – wofür es durchaus Beispiele gab! Die Botschaft der offiziellen Regelungswut war aber: „Staatszugehörigkeit“ (und die machte sich praktisch an der Nationszugehörigkeit fest) ist eminent „wichtig“, der Internationalismus stellte die Vorrangstellung der Nation nie infrage. [...]

Tatsächlicher Kontakt der Bürger mit Ausländern stellte für die SED-Diktatur [...] ein Sicherheitsrisiko dar. So unterlagen auch die wenigen internationalen Veranstaltungen wie die „Weltfestspiele der Jugend und Studenten“ im Sommer 1973 oder die „Festivals des politischen Liedes“ politischer Kontrolle. Eine ganz andere Herausforderung stellte dagegen der dauerhafte Aufenthalt von Ausländern in der DDR dar. Die größte Gruppe von permanent in der DDR lebenden Ausländern bildeten die sogenannten Vertragsarbeiter aus Vietnam, Mosambik sowie Angola, Kuba, Algerien, Ungarn und anderen sozialistischen Staaten, die auf der Grundlage von geheimen Regierungsabkommen in der DDR arbeiteten. Während der Zeit ihres Aufenthalts wurden die Vertragsarbeiter grundsätzlich kollektiv und nach Geschlechtern getrennt in Wohnheimen des Einsatzbetriebes

Quelle: Gekürzter Auszug aus: Poutrus, Patrice et al. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bbp), *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 39/2000)

Link zum Text: http://www.bpb.de/publikationen/OKZ5MW,3,0,Historische_Ursachen_der_Fremdenfeindlichkeit_in_den_neuen_Bundesländern.html#art3

3 Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen

Text 2 – Seite 2 von 2

untergebracht. Die Ausstattung – „nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit“ – war exakt festgelegt. Fünf Quadratmeter pro Person, maximal vier Personen pro Raum, für 50 Personen einen Klubraum. [...]

In binationalen Beziehungen zwischen VertragsarbeiterInnen und DDR-BürgerInnen waren die Beteiligten erheblichem Druck ausgesetzt. Häufig verweigerten DDR und Entsendeland die Heirat, und der/die Vertragsarbeiter(in) musste zurückkehren. Vietnam erpresste von seinen Vertragsarbeitern Lösegeld, wollten diese in der DDR bleiben. Diese Politik grenzte binationale Beziehungen aus und verfestigte die Distanz der Bevölkerung gegenüber Ausländern.

[...] Konflikte erwachsen aber auch aus einer wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen Vertragsarbeitern und DDR-Bürgern. Jene wollten aus ihrem begrenzten Aufenthalt das Maximale herausholen. In Thüringen kam es so zu Beginn der achtziger Jahre zu einem Überfall einheimischer

Jugendlicher auf ein Vietnamesenwohnheim, die die Vertragsarbeiter – laut FDGB-Bericht – von weiterer zu hoher Normerfüllung abhalten wollten. Um die Reglementierungen des Lohntransfers zu umgehen, bemühten sich besonders die vietnamesischen Vertragsarbeiter um Mangelgüter und lukrative Nebentätigkeiten, was die DDR-Behörden wie -Bevölkerung gegen sie aufbrachten. Häufig betrieben sie neben der Arbeit (und wenn es sich rentierte, auch statt der Arbeit) einen schwunghaften Handel mit selbstgenähten Jeans oder gehorteten Elektrogeräten, um in den „Besitz eines bestimmten Mehrgeldbetrages zu gelangen“. Als Wertanlagen, die es in die Heimat zu schicken galt, waren Fahrräder und Mopeds begehrt. Mit der Zuspitzung der Versorgungskrise der DDR Ende der achtziger Jahre hielten die Schlagworte „Schmuggel“ und „Warenabkauf“ durch Ausländer Einzug in die gesteuerten DDR-Medien, versuchte die SED doch auf diesem Wege von ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik abzulenken. [...]

Quelle: Gekürzter Auszug aus: Poutrus, Patrice et al. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: Bundeszentrale für politische Bildung (bpbb), Aus Politik und Zeitgeschichte (B 39/2000)

Link zum Text: http://www.bpbb.de/publikationen/OKZ5MW_3,0.Historische_Ursachen_der_Fremdenfeindlichkeit_in_den_neuen_Bundesländern.html#art3